

Ausgabe 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Postgebühren 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 36 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 50 Pf. Petitzeile 20 Pf. Höhere Schriften laut inserat. Preisverzeichnis — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Verlangen unter dem Redaktionsbrief die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postvorschuß.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.
Sonntag der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 2 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Sälen für Inf. Aufnahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Waldstr. 15, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Nr. 26. **Sonnabend den 26. Januar 1878.** **72. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.
Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 27. Januar nur Vormittags bis 1/9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Leipzig, 25. Januar.
Die russisch-türkischen Waffenstillstandsverhandlungen schleppt sich mühsam vorwärts. Nach einer heute vorliegenden Nachricht aus Konstantinopel sind die Verhandlungen auf Schwierigkeiten gestoßen, die insbesondere die künftige Gestaltung Bulgariens und die Kriegsentwädigung betreffen und noch nicht gelöst sein können. Infolge dessen hätten die türkischen Unterhändler die Forderung um neue Bedingungen gestellt. Die Antwort auf dem Serail steht noch aus; dagegen wird gemeldet, daß man sich dort alles Ernstes auf die Verteidigung der Hauptstadt vorbereite und daß die Armee, die zu diesem Zwecke zusammengezogen wird, in Kurzem (?) 110,000 Mann umfassen dürfte. Das sieht nicht danach aus, als ob die Forderung der russischen Bedingungen jene Hülfsmittel entgegenbringe, die man bei ihrer jetzigen Lage von ihr erwarten dürfte. Die „künftige Gestaltung Bulgariens“ und die „Kriegsentwädigung“ — diese Punkte fallen so ziemlich Alles zusammen, was Russland und die Türkei vorläufig unter einander abzumachen haben, und wenn die letztere sich hierin nicht willig zeigt, so ist sie überhaupt noch nicht zum Friedensschlusse reif. Bei der „Kriegsentwädigung“ handelt es sich jedenfalls um die Abtretung türkischer Gebiete in Asien und um den Umlang, den dieselbe annehmen soll; denn die Türkei, die in diesem Straite nun einmal unterlegen ist, wird doch auf irgend eine Weise die Prozeduren begablen müssen, entweder in Geld — was ihre zerrütteten Vermögensverhältnisse nicht gestatten — oder in Geldemwerth, v. h. in Landabtretungen. In der bulgarischen Frage handelt es sich nicht um Annerkennung, sondern um die Bildung eines neuen Halbstaaates, vielleicht unter türkischer Oberhoheit, keinesfalls aber unter russischer; auch hier werden sich die Verhandlungen wohl wesentlich darum drehen, in welchem Maße die Sonderstellung oder Postrennung erfolgen, in welchem geographischen Umfange sie vor sich gehen soll. Die Türkei wird die Grenze des neuen bulgarischen Staatsgebietes möglichst weit zurück, Russland wird sie möglichst weit vorschoben wollen, über den Balkan hinaus, vielleicht gar bis nach Adrianopel hinab. Wäre letzteres der Fall, so könnten die Verhandlungen vielleicht doch noch scheitern und die Türkei würde trotz ihrer Nothlage noch einen letzten Versuch zu ihrer Verteidigung machen. Der Krieg müßte dann seine Fortsetzung in der Richtung auf Konstantinopel nehmen, und für diesen Fall würde die Gefahr einer Einmischung Englands in greifbare Nähe rücken. Von London wird heute gemeldet, daß der Schatzkanzler Northcote dem Unterhause angezeigt, er werde schon nächsten Montag einen Credit für maritime und militärische Zwecke beantragen. Zugleich wird wiederholt berichtet, daß die Mittelmeer-Flotte angewiesen sei, sich zum Abgange nach der Vessai-Bay bereit zu machen. Zwar sind die Engländer gegenwärtig viel zu schlecht gerüstet, um einem Vormarsch der Russen und ihrem Einzug in Konstantinopel irgend erhebliche Hindernisse entgegenzusetzen. Doch würde dann der Conflict mit England da sein und die hieraus erwachsenden Gefahren würden in keinem Verhältnisse stehen zu dem Genuß und der Ehre, die Russland durch eine vorübergehende Befestigung der türkischen Hauptstadt davon tragen könnte. Darum hoffen wir, daß Russland, um diese Beziehung zu vermeiden, um einer Verwicklung mit England aus dem Wege zu gehen und einer bedenklichen Ausbreitung des Krieges vorzubeugen, die Strenge seiner Bedingungen nach Möglichkeit mäßigen wird. Immerhin wird wohl noch geraume Zeit vergehen, bis die türkischen Unterhändler so glücklich sein werden, die mitgebrachten Forderungen anzunehmen und mit den russischen Bevollmächtigten die Friedensstieße zu rauchen.

Krisis spielt in Ungarn. Wie aus Pest gemeldet wird, beriebt die liberale Partei des ungarischen Abgeordnetenhauses am 23. Januar des Jollbüntnig mit Oesterreich und über den Jolltarif. Der Ministerpräsident Tisza erklärte, daß die Regierung aus der Annahme der Ausgleichsvorlagen eine ernste Cabinetfrage mache. Die Verhandlungen sollten am folgenden Tage fortgesetzt werden.
Das Wiener „Fremdenblatt“ sagt über die Krisis: „Für den Ausbruch einer inneren Krisis läßt sich kein unglücklicherer Zeitpunkt denken, als dieser, wo der Welttheil halb sich im Zustande einer Krisis befindet, deren Entwicklung und Tragweite kein menschliches Urtheil voraus zu bestimmen vermag. Dieser Umstand, verbunden mit dem andern, daß die Bevölkerung in beiden Reichshälften dringend nach gesicherten Rechtszuständen verlangt und einen Ausgleich, der ihren Erwartungen nicht ganz entspricht, jedenfalls einer Erneuerung der Ausgleichskämpfe vorzieht, kann seine Wirkung auf alle maßgebenden Factoren unmöglich verschleiern. Gerade die Trostlosigkeit der Lage und die Unmöglichkeit, einen empfehlenswerthen Ausweg aus den Wirren des Augenblicks zu finden, birgt ein Körnchen von Trost in sich und bietet einen Anhaltspunkt für die Hoffnung, daß Alle ihr Aeußeres aufbieten werden, um einen unheillichen Zustand zu beenden, an dem Alle gleich schuldig und gleich unschuldig sind.“

Ueber die letzte Krisis in Frankreich bringt jetzt die „Times“ rückblickende Mittheilungen, die in mancher Beziehung recht helle Streiflichter auf die Gefahren fallen lassen, denen Frankreich am 14. December v. J. mit Hilfe des Fürsten Bismarck glücklich entronnen ist.
Die am 16. Mai zur Herrschaft gelangte Reactionspartei war, schreibt die „Times“, vor Allem bemüht gewesen, sich der Gunst der deutschen Regierung zu vergewissern. Der französische Gesandte in Berlin, Gontaut-Biron, war schon seit den Wahlen von 1876 bemüht gewesen, den kaiserlichen Hof auf das kommende Ereigniß vorzubereiten, und konnte er auch nicht Tag und Stunde desselben im Voraus bestimmen, so hatte er doch sein Möglichstes gethan, die republikanischen Einrichtungen in Verzug zu bringen und dem Hofe die Ueberzeugung einzugeben, daß nur eine entschiedene Rechts-schwenkung Frankreich und den Frieden Europas vor der Demagogie retten könne. Es war ihm auch geglückt, einen, wenn auch nur verhältnismäßig kleinen Kreis von der Wahrheit seiner Worte zu überzeugen, welcher, als der 16. Mai hereinbrach, in der Handlung Mac Rabon's denn auch nur eine Sicherheitsmaßregel erblckte, die den Beifall Europas verdiene. Glücklicherweise gehörte Fürst Bismarck nicht zu diesem Kreise. Er sah, daß das demagogische Schreckbild nur ein Mittel war, um gewisse Kreise zu beeinflussen, und er sowohl als auch mit ihm viele Andere waren mehr vor reactionären, als vor demagogischen Ausschreitungen in Sorge. Diese seine Meinung dankte er seinem eigenen Scharfblick, zweitens dem Abstand, in welchem er den französischen Gesandten von sich hielt, und drittens, man könnte sagen, hauptsächlich den Berichten, die er vom deutschen Gesandten in Paris, dem Fürsten Hohenlohe, empfing, welcher um so viel besser als jeder Andere im Stande war, den Einfluß zu beurtheilen, der auf den Berliner Hof gelbt wurde, als er selbst in Paris der Gegenstand der gesuchtesten Schmeicheleien der Reactionsparteien war. Auch ihm wurden alle Schreden ausgemalt, welche Europa von Seiten der Alles überslutenden Demagogie zu erleiden haben würde. Wäre Deutschland durch einen Mann vertreten worden, der weniger liberal gedacht und weniger von den Ideen seines Vorgesetzten durchdrungen gewesen wäre, was würde dann wohl geschehen sein? Nicht nur würden seine Worte die des französischen Gesandten in Berlin bestätigt haben, nicht nur würde er durch seinen Einfluß auf Fürst Bismarck dessen Ansichten ins Schwanken gebracht, sondern er würde, wie dies sein Vorgänger Graf Arnim gethan, auch noch die Reactionäre angepornt haben, ihre Pläne bis zum Ende durchzuführen. Glücklicherweise war Dem nicht so. Der deutsche Gesandte sah die Dinge in der Nähe, und während er im Stande war, den Einfluß zu beurtheilen, der unablässig auf das Gemüth des Kaisers ausgeübt wurde, ward es ihm möglich, sich selbst eine richtigere Meinung zu bilden. Seine Ueberzeugung war, daß die französische republikanische Partei nur

erfüllt war von den Ideen der Ordnung, des vernünftigen Fortschritts und der Achtung vor dem Gesetz. Er begriff, daß ein republikanisches Frankreich nicht an eine Verbindung mit den reactionären Elementen Europas denken könne, daß die Männer des 16. Mai die wirklichen Friedensstörer seien und daß die Ruhe nach dem geschehenen Siege der republikanischen Meinung zurückzuführen werde. Sein Handeln sowohl in Frankreich als in Deutschland entsprang dieser Ueberzeugung, die vollständig mit seinen Instructionen übereinstimmte. In Paris verwarnte er sich dagegen, irgend etwas zu äußern, welches reactionäre Bestrebungen er-muthigen konnte. Er schwebte beharrlich, selbst wenn der Marschall ihn indirect um seinen Rath befragte. In seinen Berichten an den Kanzler zeigte er die Dinge in ihrem wahren Lichte — wie sie ihm bei seiner stetigen Aufmerksamkeit bekannt geworden, mit der er die französische öffentliche Meinung in allen ihren Kundgebungen beobachtete. Die gesammte diplomatische Welt kann Zeugniß ablegen für die Art, in welcher er Frankreich den Puls fühlte, um Schlüsse daraus zu ziehen, deren Richtigkeit die Ereignisse bestätigt haben. Was jedoch in Deutschland nicht so allgemein bekannt geworden, ist die ewige Thätigkeit, mit der die französische Gesandtschaft in Berlin den liberalen Einfluß der Berichte des deutschen Gesandten in Paris bekämpfte. Fern gehalten vom Kanzler, konnte Gontaut-Biron dessen Ansichten, wie sie derselbe sich aus Fürst Hohenlohe's Berichten und seinen eigenen Schlussfolgerungen gebildet, nur aus zweiter Hand kennen lernen, aber auf Grund dieser unbestimmten Angaben bemühte er sich, den Einfluß von Paris und Barzin auf den Kaiser abzuschwächen, und es gelang ihm dies auch bis zu dem Grade, daß wenigstens ein Theil des Hofes sich dem 16. Mai fast freudlich zeigte, während Barzin sich feindselig verhielt. Wenn Gontaut-Biron's Thätigkeit die Instructionen des deutschen Gesandten hätte durchkreuzen und beeinflusst, wenn die Reactionären nur die geringste offizielle Anerkennung in Berlin hätten finden können, so würden sie dies als einen Hebel benutzt haben, um des Marschalls Widerstand gegen den Staatstreich zu überwinden. Glücklicherweise gingen die Gefühle jenes Theiles des Berliner Hofes nicht über platonische Wünsche hinaus, die nie durch That-sachen unterstützt wurden. Der 14. December fand die Dinge in officiellen Kreisen genau in derselben Lage, wie der 16. Mai sie gefunden hatte. Der deutsche Gesandte hat während der ganzen Krisis eine unbewegte Stellung eingenommen und durch ein wohlüberlegtes Schweigen jeden Versuch vereitelt, ihn in den reactionären Kreis zu ziehen. Vom 14. December ab gingen die Anschauungen in Berlin an sich zu ändern. Die sofortige Beruhigung in Frankreich zeigte, wo in Wirklichkeit die Aufregung ihren Ursprung genommen, und Berlin und Barzin sind jetzt fast völlig einig über das Urtheil, welches über den 16. Mai zu fällen ist. Fürst Hohenlohe ist nach Paris zurückgekehrt, nachdem er gesehen, welchen gewichtigen Dienst sein Verhalten Frankreich und Europa geleistet hat und der Graf de St. Vallier wird bald im Stande sein, dem Kaiser zu beweisen, wie wenig sein Vorgänger berechtigt war, das republikanische Frankreich als ein dem kaiserlichen Deutschland feindliches darzustellen. — So weit der Bericht des Pariser „Times“-Correspondenten. Aus diesen Mittheilungen, die zweifellos aus bester Quelle stammen, geht klar hervor, welche gefährliche Ränke der frühere französische Gesandte in Berlin im Dienste der Elyseeamarrilla zu spinnen suchte, und welche Verdienste sich der patriotische Nachfolger Arnim's um die Durchkreuzung jener Ränke erworben hat.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 25. Januar.
Zur inneren Lage bringen die „Damb. Nachrichten“ folgende bemerkenswerthe Mittheilungen aus parlamentarischen Kreisen: Die national-liberale Partei beharrt in einmüthiger Geschlossenheit dabei, die Verantwortlichkeit für die Regierung nur dann zu übernehmen, wenn sie Garantien dafür erhält, daß sie nicht bloß benutzt werden soll, sondern daß sie in die Coalition mit dem Kanzler als gleichberechtigter Factor eintritt; Männer und in einem Programm vereinbarte Vorregeln müssen diese Gewähr zusammen ausmachen. Ich möchte mich sehr irren, wenn nicht in aller nächster Zeit diese Stimmung von Neuem zur Kenntniß des Fürsten Bismarck gekommen wäre. Es ist dafür gesorgt, daß der Kanzler nicht in Zweifel sein kann über die hülfe und nichts weniger als beiseite Haltung, in welcher die nationalliberale Partei und ihre Führer die Frage des Ministerwerdens einiger der Letzteren betrachten. Die Bedingungen, unter denen Fürst Bismarck die amtliche Mitwirkung der bisherigen parlamentarischen Häupter, eine sichere Mehrheit und die glatte Erledigung

der Reichsfinanzanlage im Sinne der Eröffnung ausreichender selbstständiger Einnahmequellen für das Reich erlangen kann, sind in Barzin vor vier Wochen präcisiert worden, ohne daß der Kanzler denselben Widerspruch entgegen gesetzt hätte, wenn es auch zu keiner definitiven Abmachung darüber kam; an ihm, so meint man unter den Abgeordneten, sei es daher jetzt, sich endgültig zu entscheiden. Sollte dies am 6. Februar, wenn der Reichstag zusammentritt, noch nicht geschehen sein, dann würde die Unfertigkeit der Lage zunächst bei der Berathung des Tabaksteuer-Antrages der preussischen Regierung — nicht, wie die „Prov.-Corresp.“ sich ausgedrückt hat, des Reichskanzlers — zum Ausdruck kommen. Die führenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, so weit sie auch dem Reichstage angehören, sämmtlich der Ansicht, daß unter den jetzt obwaltenden Umständen an die Annahme dieses Vorschlages nicht zu denken ist. Trotz der in den Motiven enthaltenen Hinweisung auf Steuer-Reformen und trotz der officiellen Ankündigung, daß man innerhalb der preussischen Regierung bereits erwäge, welche Steuern abzuschaffen oder den Communen zu übertragen seien, ist es offenbar, daß der im Bundesrathe eingebrachte Antrag lediglich ein solcher auf eine nackte Steuer-Erhöhung ist; den Charakter einer Reformmaßregel kann die Vorlage nur erlangen, wenn sie durch Minister, welche das volle Vertrauen der Mehrheit besitzen, mit der Erläuterung vertreten wird; die in Preußen vorzunehmenden Reformen seien innerhalb der Regierung definitiv vereinbart und diese seien solidarisch dafür ein. Ja selbst in diesem Falle wäre es noch fraglich, ob der Entwurf, wie er ist, brauchbar wäre, da er eigentlich gar keine Geldmittel für Reformen zu liefern verspricht, sondern nur ausreicht, eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu verhindern; zu diesem Zwecke allein aber werden die Liberalen keine neue Bewilligung auf die Dauer aussprechen, da mit der Zeit die Einnahmen des Reiches doch wieder steigen müssen. Die Parteien der unbedingten Opposition vollends werden diese wie jede andere Tabaksteuer-Erhöhung verwerfen. Auf liberaler Seite ist man der Ansicht, daß die Annahme des Entwurfs — ganz abgesehen von den angebotenen, ihm entgegenstehenden Gründen — unter den jetzt obwaltenden unsicheren Verhältnissen zwei Folgen haben würde, die herbeizuführen man keinen Grund hat: erstens, daß durch momentane Aufspaltung des Landes im Reichshof die Fortdauer der gegenwärtigen provisorischen Verhältnisse ermöglicht, zweitens, daß des Finanzministers Camphausens Stellung von Neuem befestigt würde; letzteres wünschen selbst solche Liberalen nicht zu bewirken, welche früher Herrn Camphausen lebhaft unterstützten.
Der „Bromberger Zeitung“ wird von Berlin telegraphirt: Die aus Wolinromirter (?) Quelle verlautet, beabsichtigt die Regierung dem nächsten Reichstage eine Vorlage wegen Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu machen. Eine deswegen etwa erforderliche Verfassungsänderung glaubt man durch eine Verfassungsinterpretation umgehen zu können (?). Wie weiterhin berichtet wird, sollen v. Bennigsen (?) und die anderen Führer der Nationalliberalen (?) mit der geplanten Vorlage bereits einverstanden sein (?). — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Wir sind nicht in der Lage, über die Glaubwürdigkeit der obigen Mittheilung ein Urtheil auszusprechen und geben dieselbe nur als ein Stimmungssymptom aus den nationalliberalen Kreisen wieder.“ — Wir protestiren gegen die Unterstellung, als ob in diesem Sensationsgerücht ein Stimmungssymptom aus den nationalliberalen Kreisen enthalten sei; dieselben werden nie die Hand zu einer solchen reactionären Maßregel bieten.
Es wird die Nachricht verbreitet, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Bennigsen, in den letzten Tagen von Neuem in Barzin gewesen sei. Diese Nachricht stellt sich als gänzlich erfunden heraus.
Die Centrunspartei des preussischen Abgeordnetenhauses hielt es am Donnerstag für angemessen, nachdem der von der Unterrichtscommission über die Petition des Grafen v. Droste-Bischering beantragte Uebergang zur Tagesordnung mit 267 gegen 101 Stimmen angenommen worden war, das Haus abermals in einer mehr als vierstündigen Debatte mit der Frage des katholischen Religionsunterrichts zu beschäftigen. Gelegenheit dazu gab ihr die Beschwerde eines rheinischen Dorfes gegen die dort erfolgte Einführung einer Simultan-schule. Neues wurde zur Sache weder von dem Abg. Wintthorst, der seinen früheren Antrag wiederholt hatte, noch von dem Abg. v. Schorlemer vorgebracht. Als charakteristisch ist zu erwähnen die Communication, welche der Abg. Wintthorst über den Regierungskommissar Geh. Rath Stauder, der der katholischen Confession angehört, verhängte. Für die Simultan-schule resp. für das Recht zur Einführung derselben traten die Abgg. Laßler und Miquel ein. Der

In Oesterreich hat die Ausgleichsfrage sich sehr lebhaft zugespielt und zu einer Cabinetkrisis geführt. Das Ministerium Auerperg besteht auf der unveränderten Annahme des zwischen ihm und der transleithanischen Regierung vereinbarten Tarifes; die Mehrheit des Abgeordnetenhauses will denselben abändern und namentlich in Betreff des Kaffeegeldes und des Petroleum nicht nachgeben. In der Abgeordnetensconferenz, die am 21. Januar in Auerperg stattfand, kam es zu keiner Einigung, und das Entlassungsgesuch, welches das Ministerium beim Kaiser eingereicht, bleibt daher vorläufig aufrecht. — Eine parallele